



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur
Postfach 103452 • 70029 Stuttgart

Abteilungen 4 der Regierungspräsidien
Stuttgart
Karlsruhe
Freiburg
Tübingen

Stuttgart 18.04.2013
Name Frau Uhlmann
Durchwahl 0711 231-3638
E-Mail Ina.Uhlmann@mvi.bwl.de
Aktenzeichen 2-3945.40/145
(Bitte bei Antwort angeben!)

Nachrichtlich:

Rechnungshof Baden-Württemberg
Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg
Landkreistag Baden-Württemberg
Städtetag Baden-Württemberg
Gemeindetag Baden-Württemberg
Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden Württemberg
Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V.
Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Baustoffprüfstellen Baden-Württemberg
Öffentliche Baustoffprüfstellen Baden-Württemberg
KIT, Institut für Straßen- und Eisenbahnwesen

 Vermeidung von Schäden an Fahrbahndecken aus Beton in Folge von Alkali-Kieselsäure-Reaktion(AKR)

IM-Schreiben vom 14.07.2006, Az.: 63-3945.40/42 (ARS Nr. 12/2006: Vermeidung von Schäden infolge Alkali-Kieselsäure-Reaktion)

Anlagen

- ARS Nr. 04/2013 vom 22.01.2013 (Az: StB 27/7182.8/3/1885090)
- Anlage zur ARS 04/2013

Mit dem beigefügten Allgemeinen Rundschreiben (ARS) Nr. 04/2013 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) werden Vorgehensweisen zur Vermeidung von Schäden an Fahrbahndecken aus Beton in Folge von Alkali-Kieselsäure-Reaktion (AKR) bekannt gegeben.

Das IM-Schreiben vom 14.07.2006, Az.: 63-3945.40/42 (ARS Nr. 12/2006: Vermeidung von Schäden infolge Alkali-Kieselsäure-Reaktion) tritt hiermit außer Kraft.

Den kommunalen Baulastträgern wird empfohlen, die ARS 04/2013 für die in ihrer Baulast befindlichen Straßen ebenfalls anzuwenden.

Die Regierungspräsidien werden gebeten, die Landratsämter und Stadtkreise als Untere Verwaltungsbehörden zu informieren.

Dieses Einführungsschreiben wird entsprechend der VwV Re-StB-BW vom 01.07.2008 in die Liste der Regelwerke der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg im Internet- und Intranetangebot der Abteilung Landesstelle für Straßentechnik beim Regierungspräsidium Tübingen eingestellt.

gez. Hollatz